

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/020(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 09.05.2006		17:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Anträge/ Stellungnahmen
 - 6.1 Selbständigkeit statt Arbeitslosigkeit F0059/06
 - 6.2 Selbständigkeit statt Arbeitslosigkeit S0074/06
- 7 Informationen
 - 7.1 Bericht zur Ausstellung "Ohne Glanz u. Glamour - Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung"
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Dagmar Huhn

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Klaus Heinemann

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadträtin Sabine Paqué

Stadtrat Johannes Rink

Beratende Mitglieder

Stadtrat Martin Altmann

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Bärbel Bühnemann

Sachkundige Einwohnerin Carola Kaufmann

Geschäftsführung

Frau Editha Beier

Entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Regina Frömert

Stadträtin Uta Siedentopf

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Christian Hausmann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßte die anwesenden Gäste und eröffnete die Sitzung.
Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift vom 11.04.2006 lag nicht vor.

Die Bestätigung der Niederschrift wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

4. Öffentliche Sprechstunde

Zur öffentlichen Sprechstunde kamen keine BürgerInnen.

5. Beschlussvorlagen

6. Anträge/ Stellungnahmen

6.1. Selbständigkeit statt Arbeitslosigkeit F0059/06

Frau Huhn gab beide Vorlagen insgesamt zur Diskussion frei und bat Frau Beier um eine Einführung.

Zur o.a. Anfrage wurde in der Diskussion vor allen Dingen auf die Notwendigkeit geschlechtsspezifischer Daten, Zahlen und Fakten hingewiesen, um eine differenzierte Unterstützung für Migrantinnen bzw. Migranten, die eine Existenzgründung vornehmen wollen, leisten zu können. Z.B. wurde in der Beratung des Gleichstellungsausschusses berichtet, dass von der Hartz-IV-Reform überproportional Familien mit Migrationshintergrund betroffen sind, so ist die Arbeitslosenquote bei Ausländern doppelt so hoch wie bei den deutschen von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Berührungspunkte zwischen dem Zuwanderungsgesetz und SGB II bestehen z.B. bei Integrationskursen, dabei geht es auch um die Anforderungen an die Anbieter von Integrationskursen und um ihr Trägerprofil. Dazu sind Fallmanager besser zu sensibilisieren und zu qualifizieren wo die Überprüfung der Anforderungen an die Integrationskurse stattfinden.

Frauen verlieren in vielen Fällen den Anspruch auf Leistungen und damit den Zugang zu Qualifizierungen - sie geraten überproportional in den Niedriglohnsektor.

Herr Duc, von der Caritas e.V. Beratungsstelle für MigrantInnen, beschrieb aus eigenem Erleben und aus den Erfahrungen seiner Arbeitsstelle über Möglichkeiten für ExistenzgründerInnen, sprach zum Bedarf und Angebot für Deutschkurse bzw. -seminare und dass bei Existenzgründungen Frauen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt suchen, sie nehmen häufiger an Existenzgründer-Seminaren teil und haben bei der Gründung und auch im Verkauf Erfolge. VietnamesInnen verhalten sich solidarisch bei Existenzgründungen und helfen einander.

In der darauffolgenden Diskussion wurden die verschiedensten Kriterien erörtert und der Beschluss gefasst, im September erneut diese Problematik im FuG-Ausschuss zu behandeln und um eine Veränderung der Rahmenbedingungen für ein kontinuierliches Lernen, mit Absicherung der Familie zu gewährleisten, hierzu sind auch die Voraussetzungen, die in den alten Bundesländern vorbildhaft geschaffen worden sind, zu prüfen:

- welche Sprachangebote von welchem Anbieter gibt es,
- auch die Frage der Kreditgewährung für MigrantInnen sollte auf dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Richtlinien in eine nationale Gesetzgebung nochmals geprüft werden. Hier sollten die geschlechtsspezifischen Ansätze beachtet werden.

Die F0059/06 und S0074/06 wurden zur Kenntnis genommen.
Die o.a. Beschlussempfehlung wie folgt beschlossen: **4 / 0 / 0**

6.2. Selbständigkeit statt Arbeitslosigkeit S0074/06

Siehe Punkt 6.1.

7. Informationen

7.1. Bericht zur Ausstellung "Ohne Glanz u. Glamour - Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung"

"Ohne Glanz und Glamour - Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung" (Wanderausstellung von Terre des Femmes)

Hierzu war eine Mitarbeiterin der Beratungsstelle VERA e.V. gegen Menschenhandel erschienen und berichtete über die Ausstellung im Rathaus der LHS Magdeburg vom 18.04. bis 27.04.06. Frau Hettwer schätzte die Ausstellung in Wort und Bild als sehr real ein, die auf die Situation in den Herkunftsländern der jungen Mädchen/ jungen Frauen hinweist und sie ganz und gar dramatische Abhängigkeitsverhältnisse als Zwangsprostituierte bringt. Sie wurden unter ganz anderen Versprechungen nach Deutschland gelockt und haben kaum Möglichkeiten aus dieser Zwangslage herauszukommen.

Zum ersten Mal hatte die Bevölkerung öffentlich Gelegenheit, sich über die Situation dieser Frauen und Minderjährigen Mädchen zu informieren und sich mit diesem Problem

auseinanderzusetzen. Dazu gab es noch zwei Begleitveranstaltungen, die sehr beeindruckend waren.

Die Ausstellung läuft bundesweit und ist von so großem Interesse, dass noch eine 2. Version dieser Ausstellung erarbeitet worden ist. Ins Auge sticht, wie global das Geschäft mit dem weiblichen Körper ist und welche Ausmaße und Formen es heute annimmt.

In der Diskussion wurden weitere Bedenken und Sorgen geäußert, die nicht ignoriert werden sollten:

- Notwendigkeit niedrigschwelliger Angebote bei Bedarf für Aussteigerinnen – Sensibilisierung von SozialarbeiterInnen
- Einstiegsalter der Betroffenen wird immer jünger
- Reklameboom in Zeitungen

Frage bleibt, wie kann hier geholfen werden; insbesondere Hilfe f. Minderjährige? Die Belange der Opfer sind in den Blick zu nehmen und gemeinsam mit entsprechenden Kooperationspartnern über Hilfsmöglichkeiten zu beraten, insbesondere was die Prävention angeht muss zukünftig mehr getan werden.

Weiterhin ist im Bereich der Werbung zu schauen, was ist erlaubt und was verboten - Sprachgebrauch - Bilder - wie wirkt das alles auf Kinder?

„Wie können für die Migrantinnen, z.B. die Aufenthaltsregelungen verbessert werden?“ wurde von Herrn Coulibaly ins Gespräch gebracht.

Frau Hettwer unterstrich nochmals wie notwendig, eine kommunale Zusammenarbeit aller Verantwortlichen ist und zeigte auf, welche Maßnahmen die Beratungsstelle VERA e. V. derzeit in Angriff genommen hat, in dem sie die Freier öffentlich ansprechen mit dem Slogan "Mut zur Hilfe" und in dem sie sich mit einem Inserat im Elberport diesbezüglich öffentlich äußern.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich für die umfangreichen Darlegungen der Mitarbeiterin von VERA e.V. und bei allen Mitgliedern des Ausschusses für die angeregte Diskussion, die Ausstellung und die darauffolgende Kampagne "Stoppt Zwangsprostitution" wurden ausdrücklich begrüßt und sind der Unterstützung wert.

Das Thema wird sicher weiter im Ausschuss behandelt werden, war der Tenor am Ende der Diskussion.

8. Verschiedenes

Hier gab es keine Hinweise.

Vorschlag für die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung:

1. Vorlage des Fachbereiches 01 "audit berufundfamilie"
2. Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement der LHS Mag., BG I

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende/r

Editha Beier
Schriftführer/in